

4. Mai 2004

Sitzung des Erweiterten Präsidiums der OSZE PV
Kopenhagen, 22./23. April 2004

Bei der Tagung im dänischen Parlament am 22. und 23. April 2004 informierte Botschafter Ivan Naydenov die Teilnehmer über die **Aktivitäten des OSZE-Vorsitzes**. Ferner standen auf der Tagesordnung **Berichte des Präsidenten, des Generalsekretärs und des Schatzmeisters** sowie über die Arbeit **der Ad-hoc-Ausschüsse und Wahlbeobachtungsmissionen**. Einen Schwerpunkt bildeten die **Vorbereitungen für die anstehende OSZE-Jahrestagung** in Edinburgh, wobei in der Sitzung erstmals die Berichts- und Resolutionsentwürfe vorgestellt wurden. Diskutiert wurde auch über die OSZE-Regierungskonferenz zum Thema Antisemitismus in Berlin am 28./29. April 2004.

Der Präsident **der OSZE PV, Bruce George**, betonte, die Versammlung schaffe eine demokratische Legitimität für die Aktivitäten der OSZE. Das Verbindungsbüro in Wien bleibe trotz Schwierigkeiten ein Erfolg und sei ein Schritt in die richtige Richtung. Bruce George kritisierte, dass er zum zweiten Mal im Namen der Versammlung Anmerkungen über den Haushaltsentwurf an die OSZE berichtet hätte. Diese Anmerkungen seien jedoch bislang keiner Antwort gewürdigt worden. Positiv sei allerdings, dass Botschafter Kubis bei der Herbst-Tagung in Rom über den Haushalt referiert und damit den Dialog gefördert habe.

Generalsekretär Spencer Oliver verwies auf die zahlreichen Aktivitäten der Versammlung, die in „News from Copenhagen“ wiedergegeben würden. Er ging kurz auf die (gute) Haushaltslage der Versammlung ein, auf die Zusammenarbeit mit ODIHR, die neu gestaltete Website und das Research Assistant Programm.

Vizepräsidentin Barbara Haering (Schweiz) machte den Vorschlag, die in den Resolutionen vorgesehenen Paragraphen, die die OSZE als Organisation betreffen, in einer Erklärung zusammenzufassen und das Follow-up zu erleichtern.

Vizepräsident Dr. Kimmo Kiljunen (Finnland) verwies auf die Arbeit der Ad-hoc-Gruppen, wo die Zusammenarbeit mit der OSZE sehr gut funktioniere. Er regte die Berichterstattung durch weitere Sonderbeauftragte in der Versammlung an.

Schatzmeister Jerry Grafstein (Kanada) berichtete zum Haushalt, man sei innerhalb des für 2003/2004 vorgesehenen Rahmens geblieben, nur der Bereich Wahlbeobachtung sei weiter als vorgesehen ausgeschöpft worden. Ein Steigerungsvorschlag für 2004/2005 belaufe sich auf 4 %.

Vizepräsident Giovanni Kessler (Italien) berichtete über die Vorbereitungen für den Runden Tisch der Parlamente und Versammlungen aus Belgrad, Podgorica und Pristina, der im Juni in Ljubljana abgehalten werden soll. Man habe entgegen bestimmter Erwartungen manche Schwierigkeiten nicht vorgefunden, andererseits negative Erfahrungen bei der Aufnahme im Kosovo gemacht, die sehr reserviert ausgefallen sei. Der Runde Tisch werde erst nach der Wahl im Kosovo, voraussichtlich im Oktober, stattfinden. Die interparlamentarische Zusammenarbeit werde insgesamt als sinnvoll angesehen. Im Balkan sei die OSZE am stärksten präsent (sieben Büros vor Ort).

Im Zusammenhang mit der **Vorbereitung der Jahrestagung in Edinburgh vom 5. bis 9. Juli 2004** schlug Vizepräsidentin Tone Tinggaard ein gesondertes Frauentreffen vor, das auch in das Programm aufgenommen werden solle.

Die **Herbsttagung** wird vom **29. September bis 2. Oktober in Rhodos** stattfinden.

Am 29./ 30. September (mittags) plane man eine Konferenz zum Thema Menschenhandel. Am Nachmittag des 30.9.2004 tagt der Ständige Ausschuss, das Forum Mittelmeer (Thema: Fundamentalismus und Terrorismus im Mittelmeerraum) am 1.10. 2004. Zum Thema des Mittelmeerforums wurde angeregt, eine möglichst ausgewogene Beteiligung auch verschiedener religiöser Vertreter sicherzustellen.

Zur **Arbeit der Ad-hoc-Komitees und der Sonderbeauftragten** - *Belarus, Wahlbeobachtung in Georgien, Ukraine*- wurde kurz Bericht erstattet. In der Ukraine solle eine Konferenz zur Freiheit von Massenmedien Ende Juni veranstaltet werden, wie der ukrainische Delegationsleiter berichtete.

Zur **Arbeitsgruppe Moldau** berichtete Dr. Kimmo Kiljunen (Finnland) ebenfalls von einem Besuch in der Ukraine. Nachdem vor langer Zeit optimistische Stimmung geherrscht habe, sei die Situation jetzt festgefahren. Man plane im Juni einen Besuch in Moskau, Chisinau und Tiraspol zur Belebung des parlamentarischen Dialoges. Außerdem fände eine internationale Parlamentarierkonferenz zum Thema Moldau im September 2004 in Brüssel statt.

Zum Thema **Belarus** wurden drei Initiativen hervorgehoben: Besuche bei den parlamentarischen Institutionen, Seminar zum Thema Medien und Sitzung mit der Moldaugruppe. Die Schwierigkeiten wurden bereits in Wien dargestellt. Es gebe weder eine negative noch eine positive Reaktion. Die Arbeitsgruppe wolle in Edinburgh einen Zusatztagesordnungspunkt zum Thema Belarus vorbringen.

Diskutiert wurde ferner auch die am **28./29. April 2004 anstehende Antisemitismuskonferenz** der OSZE in Berlin.

Als **Vertreter des Chairman-in-Office** informierte **Ivan Naydenov** über **aktuelle Entwicklungen**. Besondere Aktivitäten richteten sich auf die Balkan-Region, Kaukasus, Kosovo etc. Man bemühe sich um eine ausgewogene Balance der drei Körbe, die Vermittlungen in regionalen Konflikten und eine gute Zusammenarbeit mit anderen Institutionen.

Präsident Bruce George kritisierte die fehlende Reaktion auf Anmerkungen der Versammlungen zum Thema Budget. Schatzmeister Ferner solle festgelegt werden, dass wenigstens sechs Monate nach der Wintertagung eine Reaktion auf die Beschlüsse der Versammlung vorliegen müsse, also mindestens in der Präsidiumssitzung im Frühjahr in

Kopenhagen. Hierzu wurde die Durchführung einer Konferenz über die Regeln der Zusammenarbeit zwischen OSZE und Versammlung vorgeschlagen.

Zum geplanten Follow-up der Berliner Antisemitismus-Konferenz erklärte der Vertreter des CIO, es würden große Anstrengungen in Richtung konkreter Maßnahmen unternommen. Eine Entscheidung werde beim Ministerrat gegen Jahresende getroffen.

Im Folgenden wurden die **Berichte und Resolutionen** in ihrem jetzigen Entwurfsstadium der **drei Ausschüsse** diskutiert.

Der **Berichtersteller des politischen Ausschusses, Clifford Lincoln (Kanada)**, benannte als Schwerpunkt den Kampf gegen Terrorismus. Der Bericht enthalte die Aufforderung, die einschlägigen Konventionen zu unterzeichnen und einzuhalten; Parlamente sollten hierauf hinwirken. Der Kampf gegen Terrorismus müsse sich im Rahmen internationalen Rechtes, auch der Menschenrechte, bewegen. Gefordert werde eine Untersuchung der Ursachen von Terrorismus. Hingewiesen wurde auf die Bedeutung von Grenzsicherheit und Anstrengungen im Bereich der Nichtverbreitung von Waffen sowie der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte. Im Zusammenhang mit Reformen der OSZE wurde die Modifizierung des Konsensprinzips speziell bei Personalentscheidungen gefordert. Außerdem wurde eine aktive Antwort gegenüber der Versammlung verlangt. Er griff insofern die Idee auf, ein spezielles Dokument, das die Diskussion der benannten Punkte „Zusammenarbeit zwischen Versammlung und OSZE-Rat“ fordert, zu verabschieden.

Zu dem Bericht des **Zweiten Ausschusses** regte Clifford Lincoln ausdrücklich an, die Klimaänderung ausdrücklich hervorzuheben, was der Berichtsteller zusagte. Der Bericht, so Benjamin Cardin, betreffe im übrigen die richtigen Punkte wie Umwelt und Nachhaltigkeit. Er unterstrich den Einfluss der Versammlung, wonach einige ministerielle Beschlüsse eben auf Empfehlungen des Gremiums zurückzuführen seien.

Für den **Dritten Ausschuss** erläuterte **Berichterstellerin Nebahat Albayrak**, es handle sich um einen sog. neuen Bericht, wie er strukturell in Wien vereinbart worden sei, nämlich kürzer und mit einem Follow-up der eigenen Arbeit. Ein wichtiger Punkt seien die Minderheiten. Nach dem 11. September gebe es eine Tendenz zu Assimilierung statt Integration, so dass die Gefahr bestehe, die Jugend in die Arme des Terrorismus zu treiben, wie der holländische Sicherheitsdienst selbst bemerke. Die OSZE sollte viel aktiver im Bereich Migration werden. Bedeutsam sei die Integration der sog. neuen Minderheiten. Ein weiterer wichtiger Punkt sei Menschenhandel in ihrem Bericht, wozu Christopher Smith, der neue Beauftragte der OSZE PV, einen Zusatztagesordnungspunkt für Edinburgh vorlegen will. Einige Anmerkungen von russischer Seite betrafen sprachliche Formulierungen Migranten/Minderheiten und die Forderungen nach kleineren Präzisierungen. Ferner solle die Situation von Sinti und Roma erwähnt werden. VP Giovanni Kessler forderte einen Bezug auf die VN, insbesondere Zusammenarbeit mit den VN im Zusammenhang mit Menschenhandel. VP Tone Tinsgaard (Schweden) forderte die Aufnahme des Gender-Aspektes. Ohne das Gender-Verständnis könnten auch die Probleme für Minderheiten nicht richtig erfasst werden.